

Hebesatz-Satzung

Satzung über die Erhebung der Grundsteuer und Gewerbesteuer (Hebesatzsatzung)

In der Fassung der Änderungssatzung vom 16.12.2019

Aufgrund von § 4 der Gemeindeordnung und § 2 des Kommunalabgabengesetz Baden-Württemberg (KAG) in Verbindung mit §§ 1, 25 und 28 des Grundsteuergesetzes und §§ 1, 4 und 16 des Gewerbesteuergesetzes hat der Gemeinderat der Gemeinde Walzbachtal am 08.12.2005 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Steuererhebung

Die Gemeinde Walzbachtal erhebt von dem in ihrem Gebiet liegenden Grundbesitz Grundsteuer nach den Vorschriften des Grundsteuergesetzes. Sie erhebt Gewerbesteuer nach den Vorschriften des Gewerbesteuergesetzes von den stehenden Gewerbebetrieben mit Betriebsstätte in der Gemeinde und den Reisegewerbebetrieben mit Mittelpunkt der gewerblichen Tätigkeit in der Gemeinde.

§ 2 ¹⁾

Steuerhebesätze

Die Steuerhebesätze werden festgesetzt

1. für die Grundsteuer
 - a. Für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A)
auf 360 v. H.
 - b. Für die Grundstücke (Grundsteuer B)
auf 360 v. H.
- der Steuermessbeträge
2. für die Gewerbesteuer
auf 370 v. H.

der Steuermessbeträge

§ 3 ²⁾

Geltungsdauer

Die in § 2 festgelegten Hebesätze gelten erstmals für das Kalenderjahr 2020.

§ 4

Grundsteuerkleinbeträge

Grundsteuerkleinbeträge im Sinne des § 28 Abs. 2 des Grundsteuergesetzes werden fällig.

1. Am 15. August mit ihrem Jahresbeitrag, wenn dieser 15,00 EUR nicht übersteigt
2. Am 15. Februar und 15. August zu je einer Hälfte ihres Jahresbetrags, wenn dieser 30,00 EUR nicht übersteigt.

§ 5

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 1. Januar 2010 in Kraft.

Hinweis:

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der GemO beim Erlass der Satzung kann nur innerhalb eines Jahres nach dieser Bekanntmachung unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht werden. Nach Ablauf dieser Frist gilt die Satzung als von Anfang an gültig zustande gekommen, dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

Abweichend hiervon kann die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften

auch nach Ablauf der Jahresfrist von jedermann geltend gemacht werden, wenn der Bürgermeister dem Satzungsbeschluss nach § 43 GemO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat, oder wenn vor Ablauf der Jahresfrist die Rechtsaufsichtsbehörde den Satzungsbeschluss beanstandet hat oder ein anderer die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften innerhalb der Jahresfrist geltend gemacht hat.

Walzbachtal, 09.12.2005

gez. Karl-Heinz Burgey
Bürgermeister



- 1) Geändert durch Änderungssatzung vom 16.12.2019
- 2) Geändert durch Änderungssatzung vom 16.12.2019